

Toleranz gegenüber verschiedenen Weltanschauungen, Kulturen und Lebensformen zu befähigen. Die Förderposition „Stark durch Beteiligung – Jugendliche aktiv und direkt an politischen und gesellschaftlichen Prozessen beteiligen“ des KJFP ist zu Beginn dieser Legislaturperiode um 400.000 EUR auf insgesamt 1 Mio. EUR aufgestockt worden. Seit Beginn des Jahres 2014 unterstützt die landesweite „Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung“ beim LWL-Landesjugendamt junge Menschen bei der Ausgestaltung von Beteiligungsprozessen vor Ort.

Auf Grundlage des Koalitionsvertrages wird gegenwärtig ein integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus des Landes in der Federführung des Jugendressorts entwickelt. Das Handlungskonzept beinhaltet Aktivitäten und Maßnahmen auch im Handlungsfeld Schule, die präventiv wirken und damit auch einen Beitrag zur Beförderung einer demokratischen Schulkultur leisten.

Welche Programme und Initiativen sind besonders hervorzuheben?
Zu nennen sind – neben dem Ihnen sicher bekannten Förderprogramm „Demokratisch Handeln“, das das Schulministerium seit 2013 nach langer Pause wieder finanziell fördert und außerdem einen Regionalkoordinator in Münster finanziert – auch das zum 1.8.2015 neu aufgestellte „buddy-Programm“ für die Grundschule mit dem Schwerpunkt Kinderrechte.

Programme wie „Jugend Debattiert“, „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, „Schule der Vielfalt – Schule ohne Homophobie“, „sozialgenial“, die Kampagne „Schule der Zukunft – Bildung für Nachhaltigkeit“ und besonders die breit ausgebauten Bildungspartnerschaften zwischen Schulen und Gedenkstätten oder Archiven in Kooperation mit der Medienberatung NRW runden dieses wichtige – auf Nachhaltigkeit angelegte - Angebot ab (siehe Beilage zur historisch-politischen Bildung, Anlage 4).

Was unternimmt das Schulministerium, um die entwickelten Konzepte und die genannten Programme und Initiativen landesweit noch bekannter zu machen?

Die Empfehlung und alle weiteren erwähnten Maßnahmen und Partner finden Sie auf den neu gestalteten Seiten im Bildungsportal unter:

- www.schulministerium.nrw.de/docs/Schulpolitik/Erinnerungskultur
- www.schulministerium.nrw.de/docs/Schulsystem/Unterricht/Demokratie-gestalten

Demokratie und historisch-politische Bildung sind inzwischen Gegenstand der Beratungen aller Landesdezernentenkonferenzen in allen Schulformen. Auch dort wurden die oben geschilderten Zusammenhänge und Maßnahmen präsentiert. Sie werden von der Schulaufsicht mit ungewöhnlich großem Interesse und positivem Zuspruch diskutiert und weiter empfohlen.

Duisburg, 20.10.2015

DVPB-NW e.V., Postfach 100352, 47003 Duisburg
Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW
Frau Ministerin Löhrmann
Völklinger Str. 49, 40221 Düsseldorf

Konzept für die politische Bildung, Offener Brief: “Halbzeit vorbei, Frau Ministerin Löhrmann!” (20.5.2015), Ihr Antwortschreiben vom 27. August 2015

Sehr geehrte Frau Ministerin Löhrmann!

In Ihrem Antwortschreiben, für das wir uns herzlich bedanken, ist deutlich zu erkennen, dass das Ministerium die Bedeutung der politischen Bildung als sehr bedeutsam einschätzt und aus diesem Grunde das Ziel verfolgt, ein Konzept für die Stärkung der politischen Bildung vorzulegen. Bei Ihren Ausführungen in Ihrem Antwortschreiben zählen Sie viele schulische und außerschulische Maßnahmen und Initiativen auf¹, welche sich, nach Ihren Worten, schrittweise zu einem Gesamtkonzept zusammenfügen. Dabei ist vieles in Ihrer Aufzählung vor allem der historischen Bildung und dem Geschichtsunterricht zuzuordnen und nicht der politischen Bildung.

1 Es ist hier nicht der Platz, diese Initiativen im Einzelnen zu würdigen. Herausheben wollen wir an dieser Stelle das „buddy-Grundschulprogramm Kinderrechte NRW“, welches für die Einübung demokratischen Handelns an den Grundschulen besonders geeignet erscheint.

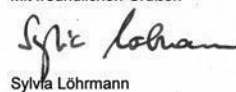
Neben den o.g. Internetauftritten und einer öffentlichkeitswirksamen Begleitung besuche ich regelmäßig Schulen, die in diesem Bereich bereits vorbildlich arbeiten. Damit möchte ich erreichen, dass sich noch mehr Schulen auf diesen wichtigen Weg machen. Zweimal im Jahr begleite ich besonders engagierte Schulen an Erinnerungsorte des Ersten Weltkriegs (Flandernfahrt) und des Nationalsozialismus (Auschwitzfahrt). Auch diese Fahrten finden ein breites Echo.

Auch im Ganztage spielen Demokratie und Partizipation eine wichtige Rolle. Die Serviceagentur Ganztägig lernen (SAG) erarbeitet zurzeit eine Arbeitshilfe zur Partizipation im Primarbereich. Grundlage ist eine Publikation der SAG zum Thema, die 2014 erschienen ist (Helle Becker: Partizipation von Schülerinnen und Schülern im Ganztage, zu finden unter www.ganztage.nrw.de).

Dies alles fügt sich schrittweise zu einem Gesamtkonzept zusammen. Ein wichtiger Schritt, dies aus schulischer Sicht transparent auszugestalten und sichtbar zu machen, war die Veröffentlichung einer Beilage in „Schule NRW“. Ich darf Sie auch auf die Sonderausgabe von „Schule NRW“ zur Erinnerungskultur hinweisen, die dieses Jahr erschienen ist (siehe Anlage 2 und 4). Eine zweite ist in Vorbereitung und wird voraussichtlich zum Jahreswechsel 2016/2017 erscheinen.

Ich freue mich sehr, wenn die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung diese Schritte weiterhin eng begleitet, damit wir gemeinsam mit vielen Partnern den eingeschlagenen Weg erfolgreich weitergehen können. Ich bin neugierig auch auf Ihre Ideen und Beiträge.

Mit freundlichen Grüßen



Sylvia Löhrmann

So sehr wir all diese Maßnahmen und Initiativen im Einzelnen grundsätzlich begrüßen und unterstützen, ein Gesamtkonzept für die politische Bildung können wir hier aus den unterschiedlichsten Gründen nicht erkennen.

Von einem Gesamtkonzept erwarten wir, dass eine Bestandsaufnahme, die u.a. auch die außerschulische politische Bildung und die unterrichtliche Situation der politischen und ökonomischen Bildung an den Schulen untersucht, Stärken und Defizite klar benennt und daraus Perspektiven und Aufgaben ableitet. In diesem Zusammenhang werden in Ihrer Antwort folgende Punkte außer Acht gelassen:

Wie hoch ist der Unterrichtsausfall in den Fächern Politik/Wirtschaft in den unterschiedlichen Schulformen?

In den amtlichen Schuldaten, veröffentlicht in “Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht — 2014/2015”, veröffentlicht am 28. Mai 2015, lesen wir:

- Politik an Hauptschulen, Unterricht ohne Lehrbefähigung: **85,5 %**
- Politik an Realschulen, Unterricht ohne Lehrbefähigung: **59,8 %**
- Politik an Gesamtschulen: **59,2 %**
- Politik an Gymnasien: **26,9 %**

Die Daten sprechen für sich. Dabei geben Sie nur eine Antwort darauf, wieviel Politikunterricht fachfremd erteilt wurde, Sie geben keine Antwort darauf, **wieviel Politikunterricht überhaupt nach Plan stattgefunden hat und wieviel ausgefallen ist!**

Warum gibt es immer noch keine landesweite Lehrerfortbildung in Politik/Wirtschaft und in den sozialwissenschaftlichen Fächern?² Eine Fortbildung ist hier auch deswegen ständige Aufgabe, weil die Themen und Problemlagen sowie die Didaktik in diesen Schulfächern ausdrücklich dem Aktualitätsprinzip verpflichtet sind.

2 Nur einzelne Bezirksregierungen bieten Fortbildung durch Kompetenzteams im Fach Politik an.